



BAYERN

Die Zeitung der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

2/2017

bayernspd-landtag.de



Familien- und Sozialpolitikerin Doris Rauscher beim Besuch einer Kita in München.

Familien entlasten!

SPD setzt sich für kostenfreie Kitas und Ganztagschulen ein

Dank dem Fleiß und Zusammenhalt der Menschen im Freistaat geht es Bayern insgesamt sehr gut. Die Arbeitslosigkeit ist mit drei Prozent sehr niedrig. Die Steuereinnahmen sprudeln und übertreffen regelmäßig alle Prognosen. Nach Ansicht der SPD-Landtagsfraktion schafft das den Spielraum, den Menschen etwas zurückzugeben. Die Sozialpolitikerin [Doris Rauscher](#) denkt dabei vor allem an Familien mit Kindern: „85 Prozent der Eltern klagen über eine schlechte Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Da müssen wir helfen.“ Das fängt schon in den Krippen und Kindergärten an. Derzeit fehlen in Bayern rund 33.000 Betreuungsplätze. Und selbst wenn es Familien gelingt, einen der begehrten Plätze zu ergattern, sind damit zum Teil Gebühren von mehreren hundert Euro im Monat verbunden.

Die SPD-Landtagsfraktion möchte deshalb [beitragsfreie Kitas](#) für alle, wie die stellvertretende Vorsitzende [Dr. Simone Strohmayr](#) erläutert: „Momentan sind die Elternbeiträge in Bayern regional sehr unterschiedlich und ungerecht. Die logische Konsequenz ist es, dass der Staat die Kosten der frühkindlichen Bildung komplett übernimmt. Bis 2020 ließe sich das stufenweise verwirklichen – finanziert durch die 1,3 Milliarden Euro, die der Freistaat ab dann pro Jahr beim Länderfinanzausgleich spart.“ Doch auch nach der Kita-Zeit, wenn die Kinder in die Schule kommen, gibt es noch eine Menge an Herausforderungen für die Familien, wie der Vorsitzende des Bildungsausschusses des Landtags [Martin Güll](#) (SPD) betont: „Wenn mittags der Unterricht aus ist, sind viele Eltern noch einige Stunden

lang in der Arbeit. Damit die Kinder dann nicht sich allein überlassen sind, brauchen wir verlässliche Angebote. Nach meiner Ansicht funktioniert das nur mit einem Rechtsanspruch auf [kostenfreien Ganztag](#) für alle Schülerinnen und Schüler – und für die Grundschulkinder auch in den Ferien. Natürlich soll niemand gezwungen werden, eine Ganztagschule zu nutzen, aber die Möglichkeit muss an jeder Schule da sein.“ Die [Steuermehreinnahmen](#) in Bayern dafür auszugeben, wäre nach Ansicht des SPD-Finanzexperten [Harald Güller](#) der richtige Weg: „Vor allem Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen würde das zugutekommen. Steuerentlastungen alleine bringen für die Einzelnen kaum etwas. Und gerecht wären sie auch nicht, weil Großverdiener die größte Entlastung bekämen.“

Kein Glyphosat auf Spielplätzen

Die SPD-Landtagsfraktion will [Glyphosat](#) von Kinderspielplätzen und Schulgeländen verbannen. Der Abgeordnete [Harry Scheuenstuhl](#) reagiert mit dieser Forderung auf Pläne der CSU-Fraktion, das sehr kritisch gesehene Pflanzenschutzmittel dort weiterhin einzusetzen. „Das ist doch unfassbar! Gerade Kinder müssen vor dem Kontakt mit solchen Giften bewahrt werden“, erklärt Scheuenstuhl. Für den Privatbereich und in Kindergärten soll Glyphosat bereits verboten werden.

Rettungsgassen retten Leben

Die SPD-Landtagsfraktion möchte die Strafverfolgung bei Missachtung der [Rettungsgasse](#) im Stau vereinfachen. Der SPD-Abgeordnete und frühere Berufsfeuerwehrmann [Stefan Schuster](#) dazu: „Hier geht es oft um Leben und Tod. Und die Hilfe darf nicht am Fehlverhalten von Auto- und Lkw-Fahrern scheitern.“ Wer keine Rettungsgasse frei hält, muss derzeit kaum mit Strafen rechnen, da die Einsatzkräfte nicht die Zeit haben, die Personalien von Blockierern aufzunehmen. Deshalb sollen künftig die Fahrzeughalter in Haftung genommen werden können, wenn der Fahrer nicht ermittelt werden konnte. Außerdem soll es eine Aufklärungskampagne geben.

Inhalt

Integrationsgesetz	2
Schwimmbadsterben	3
Familihtag	5
Bundesparteiprogramm	6
Drogentote in Bayern	7
Mädchenparlament	8



Markus Rinderspacher, Vorsitzender der BayernSPD-Landtagsfraktion

Glückwunsch, Natascha Kohnen!

[Natascha Kohnen](#) ist unsere neue [Landesvorsitzende](#). Seit 2008 leistet die 49-jährige Neubibergerin in unseren Fraktionsreihen ausgezeichnete Arbeit. Mehr oder weniger seit der ersten Stunde ihres Landtagsmandats übernahm sie Führungsverantwortung – ob als strategisches Mitglied im Fraktionsvorstand oder als energiepolitische Sprecherin. Mit ihrer Wahl gewinnt die Fraktion in der Partei weiter an politischem Gewicht – als programmatischer Motor und landespolitisches Sprachrohr.

Wenn Natascha Kohnen im Landesvorstand der BayernSPD nach acht Jahren nun die Rolle von der Generalsekretärin zur Vorsitzenden wechselt, tritt sie in große Fußstapfen.

Nach Lisa Albrecht (1946–47) und Renate Schmidt (1991–2000) ist sie die dritte Frau an der Parteispitze – im Gesamten hat sich der Landesvorstand verjüngt und ist weiblicher geworden.

Seit dem Rückzug Wolfgang Hoderleins vor knapp anderthalb Jahrzehnten ist Kohnen die erste Landtagsabgeordnete, die in das höchste Parteiamt gewählt wird. Sie hat damit gegenüber ihren Vorgängern den Bonus, die Präsenz in den sieben Regierungsbezirken aus Bayern heraus erhöhen zu können. Sie kann aus dem Maximilianeum heraus eigene Akzente setzen. Und das Landtagsplenum steht ihr dabei als Bühne zur Verfügung, ob als Rednerin in aktuellen Stunden oder zu Gesetzentwürfen und Dringlichkeitsanträgen. Eine starke Frau für ein starkes Bayern!

Markus Rinderspacher

CSU-Gesetz kann Missbrauch von Wohnungen nicht stoppen

Wohnraum in Bayern ist ein knappes Gut – besonders in den Metropolen. Hier werden immer mehr Wohnungen gewinnträchtig an Touristen vermietet. Allein in München gibt es in Internetportalen wie Airbnb über 4.000 Angebote. Das schafft erhebliche Probleme: Dem Markt werden Wohnungen entzogen, es entsteht zusätzlicher Preisdruck und dem Staat gehen Steuern, weil die Anbieter teilweise kein Gewerbe anmelden und keine Steuern bezahlen. „Wir freuen uns über Gäste, die München besuchen, wollen aber, dass diese im Hotel wohnen“, sagt der wohnungspolitische Sprecher [Andreas Lotte](#). Er unterstreicht: Gegen eine Untervermietung, z. B. an Studenten, hat natürlich niemand etwas einzuwenden.

Die SPD-Landtagsfraktion will der um sich greifenden [Zweckentfremdung](#) einen Riegel vorschieben, heißt aber bei der CSU auf Granit. Die christsoziale Mehrheit im Landtag erteilte nicht nur dem SPD-Gesetzentwurf für ein neues Gesetz eine Absage, sondern weigerte sich auch, die Ergebnisse einer hochkarätig besetzten Expertenanhörung zum

Thema in ihren Gesetzentwurf einzuarbeiten. Der Landtag verabschiedete daher am 30. Mai ein unzureichendes Gesetz.

Der Knackpunkt: Mit den künftig vorgesehenen gesetzlichen Mitteln ist die Räumung von zweckentfremdetem Wohnraum kaum durchsetzbar. Städte und Gemeinden bräuchten das Recht, die Räumung anzuordnen. Die SPD wollte auch das Bewerben und Anbieten von Wohnungen zur kurzfristigen Vermietung im Internet als Tatbestand erfassen. Daher stellte Andreas Lotte in der Plenarsitzung fest: „Das CSU-Gesetz wird in der Praxis nicht funktionieren.“



SPD-Wohnungspolitiker Andreas Lotte

Klage gegen das Integrationsgesetz

Nachdem die Staatsregierung nicht erklären kann, was sie unter „Leitkultur“ versteht, müssen nun die bayerischen Verfassungsrichter helfen. SPD-Fraktionschef [Markus Rinderspacher](#) hat eine [Klage gegen das Bayerische Integrationsgesetz](#) eingereicht, das maßgeblich auf dem Begriff der „Leitkultur“ basiert. „Menschen gesetzlich auf die Einhaltung einer ominösen Leitkultur zu verpflichten, ohne zu definieren, was überhaupt darunter zu verstehen ist – das geht gar nicht.“ Letztlich sei das Integrationsgesetz nur dazu gedacht, Ängste zu schüren, warnt der SPD-Fraktionsvorsitzende: „An diesem CSU-Gesetz hat die AfD im Geiste bereits mitgeschrieben. Wir wollen das bayerische Lebensprinzip ‚Leben und leben lassen‘ verteidigen gegen den Versuch einer parteipolitischen Dominanz der CSU.“

Der Verfassungsjurist Dr. Michael Bihler vertritt die SPD-Fraktion

vor Gericht. Nach seiner Expertenmeinung verstoßen mindestens sechs Artikel des Integrationsgesetzes gegen die Bayerische Verfassung. Die Pflicht, die Leitkultur zu achten und sich in sie einzufügen, greife in den privaten Lebensbereich von jedermann ein und beschränke die verfassungsrechtlich geschützte Selbstbestimmung der Menschen.

Auch die Vorgabe, dass die bayerischen Rundfunkmedien einen Beitrag zur Vermittlung der Leitkultur leisten sollen, widerspricht nach Auffassung der SPD-Fraktion der Verfassung. Das Gleiche gelte für die Drohung mit 50.000 Euro Bußgeld, wenn öffentlich dazu aufgefördert wird, die geltende verfassungsmäßige Ordnung zu missachten. Nach Einschätzung Bihlers wären davon zum Beispiel auch die folkloristischen Bestrebungen der Königs-treuen zur Wiedereinführung der Monarchie im Freistaat Bayern betroffen.

SPD will Kampf gegen Mobbing intensivieren

Angesichts des Massenphänomens [Mobbing](#) will die SPD-Fraktion das Thema stärker an den bayerischen Schulen behandeln. Einer aktuellen PISA-Studie zufolge wird jeder sechste Neuntklässler mehrmals im Monat gemobbt. Deshalb sollen Lehrer, Schüler und Eltern dafür sensibilisiert und handlungsfähig gemacht werden.

Bislang wird in bayerischen Schulen nur sehr vereinzelt auf Mobbing eingegangen, wie Fraktionsvize [Margit Wild](#) moniert: „Wir brauchen ein die gesamte Schule umfassendes Konzept. Alle Schülerinnen und Schüler müssen mehrfach in ihrer Schulzeit intensiv auf dieses Thema vorbereitet werden.“ Im Mittelpunkt des SPD-Konzepts stehen vor allem die Kinder, die weder Täter noch Opfer sind, sondern unbeteiligt zuschauen. Die Schülerinnen und Schüler sollen Anleitung und Training bekommen, um Mobbing zu erkennen und entgegenzuwirken.

Folgt uns!

FACEBOOK:
@bayernspd.landtag

FUCKR:
SPDBayernLandtag

TWITTER:
@bayerngerechter

INSTAGRAM:
@spdimbayerischenlandtag

YOUTUBE:
SPDBayernLandtag

Impressum

Herausgeber
BayernSPD-Landtagsfraktion
Vorsitzender Markus Rinderspacher
und stv. Vorsitzender
Hans-Ulrich Pfaffmann
Maximilianeum
81627 München

Redaktion
Ulrich Meyer (V.i.S.d.P.),
Felix Hälbig, Gudrun Rapke,
Markus Hautmann, Hans-Dieter Müller
Telefon: 089 – 4126 2347
E-Mail: zeitung@bayernspd-landtag.de

BayernSPD-Landtagsfraktion
Pressestelle
Maximilianeum
81627 München

Druck
NetworkMedia GmbH

SPD will Schwimmbadsterben stoppen

Jedes dritte öffentliche Schwimmbad in Bayern ist dringend sanierungsbedürftig

Keine Kindheitserinnerung kommt ohne Schwimmbad aus. Man erinnert sich an Pommes und Eis, den Duft von Sonnencreme und Chlor, gegenseitiges Unter-Wasser-Tauchen, den Sprung vom Dreier, die ermahnenden Worte des Bademeisters, wenn man den Freund ins Wasser schubst, und vieles mehr. Es gibt unzählige Geschichten des jungen Lebens, die sich in öffentlichen Schwimmbädern zugetragen haben. Und auch für die Älteren bedeutet das Schwimmbad oft mehr als bloße körperliche Betätigung oder Erfrischung im Sommer. Es ist Treffpunkt und Ort des sozialen Miteinanders sowie Ausgleich für den stressigen Alltag.

Doch dieser Ort ist bedroht. Das [Schwimmbadsterben](#) in Bayern greift um sich. Wie eine SPD-Anfrage ergeben hat, sind 299 von 910 öffentlichen Schwimmbädern in Bayern sanierungsbedürftig oder dringend sanierungsbedürftig. 54 Schwimmbädern droht aktuell die Schließung. „Im Freistaat wurden in den vergangenen zwölf Jahren 63 öffentliche Schwimmbäder dichtgemacht. Das ist schlecht für die Regionen und die Kinder und Jugend-

lichen“, erklärt der SPD-Abgeordnete und Kommunalexperte [Klaus Adelt](#). Und diese traurige Entwicklung hält unvermindert an. Am stärksten ist der Regierungsbezirk Oberbayern betroffen. Hier wurden in den letzten zwölf Jahren 13 öffentliche Bäder geschlossen (Oberfranken 12, Unterfranken 11, Mittelfranken 8, Schwaben 8, Oberpfalz 7, Niederbayern 4).

Gerade angesichts der steigenden Zahl von Nichtschwimmern müsse endlich gegengesteuert werden, so Adelt, und verweist dabei auch auf das Finanzausgleichsgesetz, aus dem die Förderung kommunaler Breitensportanlagen 1995 ersatzlos gestrichen wurde. „Wir sehen doch, wohin das geführt hat. Was wir brauchen, ist eine Kehrtwende. Die vorhandenen Fördertöpfe greifen nicht“, kritisiert Adelt und appelliert an die CSU-Fraktion, endlich ihren Widerstand gegen ein Sonderförderprogramm für kommunale Schwimmbäder fallen zu lassen.

Der SPD-Politiker fordert einen staatlichen Sonderfonds in Höhe von 30 Millionen Euro: „Die Regierung darf die Städte und Ge-



Auch SPD-Fraktionschef Markus Rinderspacher setzt sich für Schwimmbäder in Bayern ein. Hier besichtigt er ein marodes Bad in Zell im Fichtelgebirge.

meinden nicht im Stich lassen. Viele sind nicht mehr in der Lage, die anfallenden Sanierungen durchzuführen und die laufenden Betriebskosten für ihre Bäder zu bezahlen. Die staatliche Förderung sollte in Härtefällen bis zu 100 Prozent betragen, sofern die Kommunen selbst nicht genug Geld haben.“

Laut neuester Umfrage der DLRG (Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft) sind knapp 60 Prozent der 10-Jährigen keine sicheren Schwimmer. Abgesehen davon wird es künftig in Bayern immer mehr Kinder geben, die sich später nicht an unbeschwerte Tage im Schwimmbad zurückerinnern können.

Lebensmittelüberwachung in Bayern – Note sechs!

Verbraucherschutz als Daueraufgabe der SPD: Ministerium versagt

Die gefährlichen Zustände in der bayerischen [Lebensmittelüberwachung](#) sind inzwischen ein Dauerthema für die SPD-Fraktion. Zum Salmonellen-Fall Bayern-Ei mit zwei Toten ist inzwischen die Listerien-Verseuchung beim Wursthersteller [Sieber](#) mit acht

Toten gekommen. Die Produkte von Sieber wurden sogar bei mehreren großen Discountketten verkauft. SPD-Verbraucherschützer Florian von Brunn nimmt in beiden Fällen das bayerische Verbraucherministerium in die Pflicht:

„Ministerin Scharf ist mehr damit beschäftigt, Ausreden für ihr Versagen zu finden, als damit, die Menschen vor derartigen Gefahren zu schützen.“ So kam inzwischen heraus, dass der Freistaat eine stille Beteiligung an dem Fleischunternehmen Sieber hielt. Warum und wie es dazu kam – dazu kein Wort vom Ministerium. „Es ist auch unbegreiflich, warum die Spezialeinheit des Landesamts für Lebensmittelsicherheit nicht früher in die Ermittlungen eingeschaltet wurde.“ Der SPD-Landwirtschaftsexperte [Horst Arnold](#) verlangt zudem ein hartes Vorgehen gegen das Labor, das Listerienfunde bei Sieber verschwiegen hatte. Hier könnten Bußgelder von bis zu 20.000 Euro verhängt werden. Doch das Ministerium unternimmt nichts. „Die öffentliche

Gesundheit kann nur dann gewährleistet werden, wenn private Unternehmen bei Vertuschungen harte Strafen zu erwarten haben“, betont Arnold. „Hier hätten die Behörden längst handeln müssen.“

Noch vor der Sommerpause wird sich auf Initiative der SPD-Fraktion ein [Untersuchungsausschuss](#) des Landtags intensiv mit dem Fall Bayern-Ei befassen. Neben von Brunn wird Landtagsvizepräsidentin [Inge Aures](#) die Aufklärung des unappetitlichen Skandals vorantreiben und natürlich Lehren für die Zukunft ziehen: „Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch auf eine funktionierende Lebensmittelkontrolle und auf rechtzeitige Warnungen vor belasteten Produkten“, erklärt die Kulmbacher Abgeordnete.



Florian von Brunn und Inge Aures: Mitglieder im Untersuchungsausschuss Bayern-Ei.

Eine Woche im Zeichen der Familie

SPD-Landtagsabgeordnete besuchen Einrichtungen in ganz Bayern

Die Personalnot in bayerischen Kindertagesstätten spitzt sich weiter zu. Dies ist ein Ergebnis der ersten **SPD-Familienwoche**, bei der 24 SPD-Abgeordnete über 30 Familieneinrichtungen in ganz Bayern besucht haben. „Fast alle Kindertagesstätten berichteten uns über fehlendes Personal und die Schwierigkeit, wegen der niedrigen Bezahlung Fachkräfte

zu finden. Wir haben die Situation noch schlimmer vorgefunden, als wir es erwartet haben“, erklärt die familienpolitische Sprecherin **Doris Rauscher**. Die SPD-Abgeordnete bezieht den aktuellen Personalbedarf für die Betreuung der unter Sechsjährigen in Bayern auf 8.000 Fachkräfte, allein um die vorhandenen Stellen zu besetzen. „Darin

ist noch keine Verbesserung der Qualität und der Arbeitsbedingungen enthalten. Dafür bräuhete es weitere Investitionen!“ Außerdem macht den Familieneinrichtungen auch fehlende Planungssicherheit zu schaffen. Etliche Angebote sind nur als Projekte finanziert, um deren Verlängerung immer wieder neu gerungen werden muss.



Fraktionsvizein Dr. Simone Strohmayer im Waldkindergarten Aichach-Klingen im Blumenthaler Forst.



Der Fürstentfeldbrucker Abgeordnete Dr. Herbert Kränzlein besucht die Elternschule – eine Einrichtung, die Hilfe, Informationen, Ratschläge, Kurse und Begegnungen anbietet. Hier im Gespräch mit deutschen und arabischen Frauen und ihren Kindern.



Angelika Weikert (mit Sonnenbrille) und Arif Tasdelen (ganz links) im Familienzentrum „Mammut“ in Nürnberg.



Sozialpolitikerin Ruth Müller (Mitte) besucht den Verein „Menschens-Kinder“ in Ergolding in Niederbayern. Dieser hilft Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder und begleitet sie in schwierigen Phasen.



Die Aschaffener SPD-Abgeordnete Martina Fehlner (rechts) erkundigt sich in der „Kita am Campus“ über die Situation.



Die familienpolitische Sprecherin Doris Rauscher (Zweite von links) beim Besuch des Familienzentrums in Poing bei München.



Annette Karl (Mitte) besichtigt die Lobkowitz-Realschule in Neustadt an der Waldnaab. Die Schule kümmert sich besonders um die Inklusion von Kindern mit und ohne Behinderungen.



Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Margit Wild (Zweite von links) beim Treffen mit Verantwortlichen der Familienservice-Stelle der Universität Regensburg.



Der ehemalige Oberbürgermeister von Würzburg Georg Rosenthal besichtigte die dortige Missio Kinderklinik. Hier macht der Kostendruck den Verantwortlichen sehr zu schaffen.



Der oberfränkische Abgeordnete Klaus Adelt (ganz links) im Hofer Sozialunternehmen „Familie im Zentrum“. Es organisiert unter anderem Hilfe, wenn ein Elternteil schwer krank wird.



Die Allgäuer Abgeordnete Ilona Deckwerth (Zweite von links) beim Besuch des Jugendzentrums in Lindau. Auch hier ist der Fachkräftemangel zu spüren.



Die Vorsitzende der BayernSPD Natascha Kohnen (Zweite von links) besucht die Kinderkrippe „Lindennest“ in Großhelfendorf in ihrem Wahlkreis München-Land.



Der Parlamentarische Geschäftsführer Volkmars Halbleib (Zweiter von rechts) informiert sich im Mehrgenerationenhaus in Waldbrunn (Foto) und in der Erziehungsberatungsstelle der Diakonie in Kitzingen über die Arbeit.



Isabell Zacharias (Dritte von links) und Doris Rauscher (Vierte von rechts) im „Haus für Kinder“ St. Josefs-Heim in München.

Vier Gründe, warum das Regierungsprogramm der Bundes-SPD Bayern voranbringen wird

SOZIALE GERECHTIGKEIT

Es ist die zentrale Voraussetzung für Zusammenhalt und Wohlstand, heißt es im neuen bundespolitischen Regierungsprogramm der SPD. SPD-Landtagsfraktionschef [Markus Rinderspacher](#) hält das für die richtige Themensetzung: „Ich freue mich, dass Martin Schulz der Gerechtigkeit in seinem Wahlkampf große Bedeutung zumisst. Ein Bundeskanzler Martin Schulz wird unser Land menschlicher und moderner machen.“

WIRTSCHAFT

Zu den Kernforderungen auf Bundesebene zählen auch die Stärkung der deutschen Wirtschaft und deren Innovationsfähigkeit. Um das zu erreichen, sollen nach Willen der SPD mehr öffentliche Gelder für eine soziale und ökologische Ausrichtung aufgewendet werden. Diese Politik hilft nach Ansicht der Wirtschaftspolitikerin [Annette Karl](#) auch Bayern nach-

haltig: „Wir haben im Freistaat zu viele unübersichtliche und oft nicht bedarfsgerechte [Fördermöglichkeiten](#), deren Wirksamkeit nicht überprüft wird“, kritisiert die SPD-Wirtschaftsexpertin Karl. „Was die CSU falsch macht, kann ein Kanzler Martin Schulz korrigieren.“

BILDUNG

Auch sozialdemokratische Bildungspolitik auf Bundesebene kann Vorteile für Bayern bringen. So ist der Vorsitzende des Bildungsausschusses im Bayerischen Landtag Martin Güll sicher, dass es nur mit der SPD die Umsetzung eines Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsschulplatz, umfassende Gebührenfreiheit für Ausbildung und Bildung sowie die flächendeckende Modernisierung unserer Schulen geben wird. „Martin Schulz als Bundeskanzler wird dem Bund hier mehr Unterstützungsmöglichkeiten geben. Und das ist dringend notwendig“, erklärt Güll.



Kanzlerkandidat Martin Schulz

FAMILIE

Bedeutsam ist darüber hinaus der Vorschlag, [Familien](#) zu stärken. „Familien in Bayern sind vielfältig und müssen endlich die Unterstützung bekommen, die sie brauchen und die sie verdient

haben!“, fordert [Doris Rauscher](#) als sozialpolitische Sprecherin. „Eine Familienarbeitszeit für Eltern und Pflegende, Kostenfreiheit in der Kita und der Rechtsanspruch für Ganztagsbetreuung bis zum Ende der Grundschule sind der richtige Weg.“

Kinderarbeit bekämpfen!

Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) gibt es derzeit weltweit rund 170 Millionen [Kinderarbeiter](#). Davon müssen etwa 85 Millionen unter gefährlichen Bedingungen wie in Minen oder Plantagen schuften. Zum Welttag gegen die Kinderarbeit (12. Juni) hat die Entwicklungspolitikerin der SPD-Landtagsfraktion [Kathi Petersen](#) eine effektive Bekämpfung der Kinderarbeit angemahnt: „Es sollte selbstverständlich werden, darauf zu achten, was wir kaufen, und uns darüber Gedanken zu machen, wo es herkommt. Wir müssen uns für fairen Handel und Nachhaltigkeit einsetzen.“ Der „Nationale Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte“ sei hierfür höchstens ein erster Schritt: Mit dieser von der Bundesregierung beschlossenen Initiative sollen Firmen zu mehr Verantwortung in Bezug auf Menschenrechte bewegt werden. Rechtlich bindend ist dies jedoch nicht. „Das geht auf das Konto von Bundesfinanzminister

Schäuble, der jegliche Verpflichtungen für Unternehmen aus dem Aktionsplan gestrichen hat“, erklärt Petersen.

Verschlimmert wird die Situation durch den Klimawandel. In Indien können beispielweise viele Kinder nicht zur Schule gehen, da sie wegen der Verschiebung der Regenzeit länger mit ihren Familien auf Arbeitswanderschaft gehen müssen. „Anstatt Geld in Aufrüstung zu stecken, müssen wir deutlich mehr für Bildungs- und Infrastrukturprogramme investieren“, fordert Petersen.

Ein kleines Zeichen hat der Bayerische Landtag im letzten Jahr auf Drängen der SPD-Fraktion gesetzt. Mit der Änderung des Bayerischen Bestattungsgesetzes haben die Kommunen die Möglichkeit erhalten, Friedhofsatzungen zu erlassen, mit denen Grabsteine aus ausbeuterischer Kinderarbeit verboten werden. Zahlreiche Städte, wie z. B. Regensburg, Augsburg oder auch Schweinfurt haben davon bereits Gebrauch gemacht.

Nullzinspolitik der EZB – nicht nur die Belastungen sehen

Kommentar von SPD-Finanzexperte [Harald Güller](#)



Wenn die Rede auf die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) kommt, dann geht es meist darum, wie diese die Bürger belastet, dadurch dass sie für ihr Ersparnis keine Zinsen bekommen. Ja, diese Feststellung ist richtig, normales Sparen lohnt sich derzeit nicht. Aber genauso richtig ist, dass die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden bei der Finanzierung der Schulden von den niedrigen Zinsen massiv profitieren. Eine schwarze Null im Haushalt wäre sonst meist nicht erreichbar. Das gilt auch für Bayern und unsere Kommunen, die sich Milliarden Euro an Zinsen ersparen. Genauso richtig ist aber, dass es nötig ist, Sparer mit kleinen und

mittleren Einkommen an den positiven Folgen der Nullzinspolitik für den Staat teilhaben zu lassen. Am besten tut man das durch gezielte steuerliche Entlastung dieser Einkommensgruppen durch Senkung ihres Steuersatzes, aber auch, indem die öffentliche Hand in Erhalt und Ausbau von Infrastruktur und insbesondere in Bildung und Kinderbetreuung investiert und vorhandene Schulden tilgt. Noch ein Wort zu CSU-Finanzminister Markus Söder, wenn er wieder mal populistisch auf die EZB und Mario Draghi an der Spitze einschlägt: Wenn es in den letzten Jahrzehnten unbestritten gut und richtig war, dass die Bundesbank unabhängig agieren konnte, dann macht es wenig Sinn, jetzt bei der EZB genau das Gegenteil zu fordern, nämlich eine direkte politische Einflussnahme.

Bayern hat die meisten Drogentoten

Gesundheitsexpertin: Drogenpolitik der Staatsregierung grandios gescheitert

Was die Zahl der [Drogentoten](#) im Bundesvergleich angeht, ist Bayern, wie schon die Jahre zuvor, trauriger Spitzenreiter. 321 Menschen sind 2016 im Freistaat an Drogen gestorben, wie der im Mai veröffentlichte Jahresbericht zur Rauschgiftkriminalität zeigt. Seit 2011 hat sich die Zahl der Toten damit fast verdoppelt. Im Verhältnis zu den Einwohnerzahlen hatten nur Berlin, Hamburg und Bremen mehr Tote zu beklagen. Unter den Flächenstaaten gab es in Bayern also die meisten Opfer.

„Jeder vierte Drogentote in Deutschland stirbt in Bayern“, erklärt die Ärztin und Gesundheitspolitikerin der SPD-Landtagsfraktion [Kathrin Sonnenholzner](#). „Dass die Staatsregierung trotzdem noch an ihrer rigiden Drogenpolitik festhält, grenzt schon an Zynismus. Sie ist mit ihrer Drogenpolitik grandios gescheitert! Es ist schlicht unmenschlich, die Suchtkranken einfach ihrem Schicksal zu überlassen und deren Tod billigend in Kauf zu nehmen!“

Experten sind sich schon lange einig: Weil beispielsweise öffentliche Drogenkonsumräume fehlen, seien Abhängige beim Konsum oft allein und damit besonders gefährdet. Auch ge-

fährliche Infektionen ließen sich durch solche Räume vermeiden. Da zunehmend stärkere und unreinigte Substanzen auf den Markt kommen, dürfe auch das so genannte „Drug-Checking“, also die Möglichkeit, den Stoff vor der Einnahme analysieren zu lassen, kein Tabu mehr sein. „Außerdem muss die Drogenprävention mit passgenauen Angeboten bezüglich der konsumierten Substanzen und der konsumierenden Zielgruppen verstärkt und zielgenauer gemacht werden“, ergänzt Sonnenholzner, die auch Vorsitzende des Gesundheitsausschusses im Landtag ist.

Zumindest hat die SPD bewirkt, dass die CSU-Regierung endlich bei der Abgabe des Heroin-Gegengifts [Naloxon](#) umdenkt. Das Mittel wirkt bei einer Überdosis Heroin. In einem Modellprojekt soll der Wirkstoff durch geschulte medizinische Laien verabreicht werden können. „Das ist der erste Schritt in die richtige Richtung“, unterstreicht Sonnenholzner. „Ich hoffe sehr, dass es nicht nur beim Modellprojekt bleibt. Außerdem hoffe ich, dass die Staatsregierung ihre Drogenpolitik insgesamt überdenkt und weitere Anstrengungen unternimmt, um die erschreckend hohe Zahl an Drogentoten zu verringern.“



Drogenkonsumraum in Köln. Nordrhein-Westfalen hat als bevölkerungsreichstes Bundesland vergleichsweise wenig Drogentote: 2016 waren es 204.

Polizei wird beim Kampf für Sicherheit alleingelassen

Dass Bayern das sicherste deutsche Bundesland ist, verdanken wir vor allem unserer Polizei. Ihr Fleiß, ihre hervorragenden Fähigkeiten und vor allem ihr weit über das normale Maß hinausgehendes Engagement für den Schutz der Bevölkerung sind die Grundlage für diesen Erfolg, wie der SPD-Polizeiexperte und Ehrenkommissar [Prof. Dr. Peter Paul Gantzer](#) betont: „Doch die CSU-Staatsregierung ‚dankt‘ es ihr mit [Arbeitsüberlastung](#) und unzureichender Bezahlung. Wer mit einem Polizistenverdienst in Großstädten wie München eine Wohnung bezahlen will, kommt

sehr schnell an die Grenzen des Möglichen. Deshalb treten wir für eine Verdoppelung der Bal-lungsraumzulage auf 150 Euro ein.“

Landtagsvizepräsidentin [Inge Aures](#) sorgt sich vor allem wegen des Personalmangels in den Polizeidienststellen: „9,1 Prozent der Stellen sind derzeit nicht besetzt, 2.545 Vollzeit-Beamte fehlen gegenüber der eigentlichen Sollstärke. Das führt dazu, dass die vorhandenen Polizistinnen und Polizisten mehr arbeiten müssen. Die Summe ihrer Überstunden beträgt derzeit fast zwei Millionen.“



Kirchenasyl nicht kriminalisieren

Die SPD-Landtagsfraktion setzt sich für die weitere Einhaltung der Vereinbarung zum [Kirchenasyl](#) zwischen dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und den Kirchen ein. „Wir wollen, dass das Kirchenasyl als ‚Ultima Ratio‘ wie bislang auch weiterhin respektiert wird“, erklärt dazu die SPD-Rechtspolitikerin [Alexandra Hiersemann](#).

Derzeit häufen sich in Bayern staatsanwaltschaftliche Ermittlungen wegen des Verdachts der Beihilfe zum unerlaubten Aufenthalt gegen Pfarrerrinnen und Pfarrer, Ordensleute und weitere Kirchenverantwortliche, die im Einklang mit der Vereinbarung Kirchenasyl gewähren.

„Kirchenasyl ist eine in der langen Geschichte der Kirche akzeptierte humanitäre Notlösung, die Raum und Zeit schaffen soll für nochmalige rechtliche Prüfungen und die Verhinderung be-

sonderer humanitärer Härten“, stellt Hiersemann klar. „Wer, wie unlängst der bayerische Justizminister, schon das Läuten von Kirchenglocken in diesem Zusammenhang als Schwächung des Rechtsstaats bezeichnet, will das Kirchenasyl, seine Vertreter und deren Gewissensentscheidungen kriminalisieren. Der Aufbau einer Drohkulisse ist angesichts der überschaubaren Anzahl von Kirchenasyl in Bayern unnötig und unverständlich.“



Rechtspolitikerin Alexandra Hiersemann

Zehntes Mädchenparlament im Landtag

180 Mädchen aus ganz Bayern waren Ende April für einen Tag Abgeordnete im Bayerischen Landtag. Beim Planspiel „Mädchenparlament“, das zum zehnten Mal von der SPD-Fraktion veranstaltet wurde, schlüpften die 15- bis 18-jährigen Schülerinnen in die Rolle der Politikerinnen, diskutierten mit zahlreichen Wortmeldungen aktuelle Themen und trafen im Plenum wichtige Entscheidungen. So fand der Antrag für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts ab 16 Jahren eine große Mehrheit. Abgelehnt wurde hingegen der Vorstoß für eine Legalisierung von Cannabis. Mit überwältigender Mehrheit wurde auch Tierversuchen in der

Wissenschaft eine Absage erteilt. „Die Mädchen haben heute erlebt, dass Politik ganz konkret etwas mit ihrem Leben zu tun hat und nicht abgehoben ist“, erklärte die frauenpolitische Sprecherin und Fraktionsvize Dr. Simone Strohmayer begeistert. Ruth Müller, ebenfalls frauenpolitische Sprecherin wertete das Mädchenparlament als wichtigen Beitrag zur politischen Bildung. „In den vergangenen zehn Jahren konnten an die 2.000 Schülerinnen nicht nur den Landtag, sondern auch politische Entscheidungsprozesse kennenlernen.“ Die Politikerinnen für einen Tag wurden auch betreut von der stellvertretenden Fraktionsvor-



Schülerin am Rednerpult

sitzenden [Margit Wild](#) und den Abgeordneten [Martina Fehlner](#), [Annette Karl](#), [Kathi Petersen](#), [Doris Rauscher](#), [Ruth Waldmann](#), [Johanna Werner-Muggendorfer](#) und [Isabell Zacharias](#).

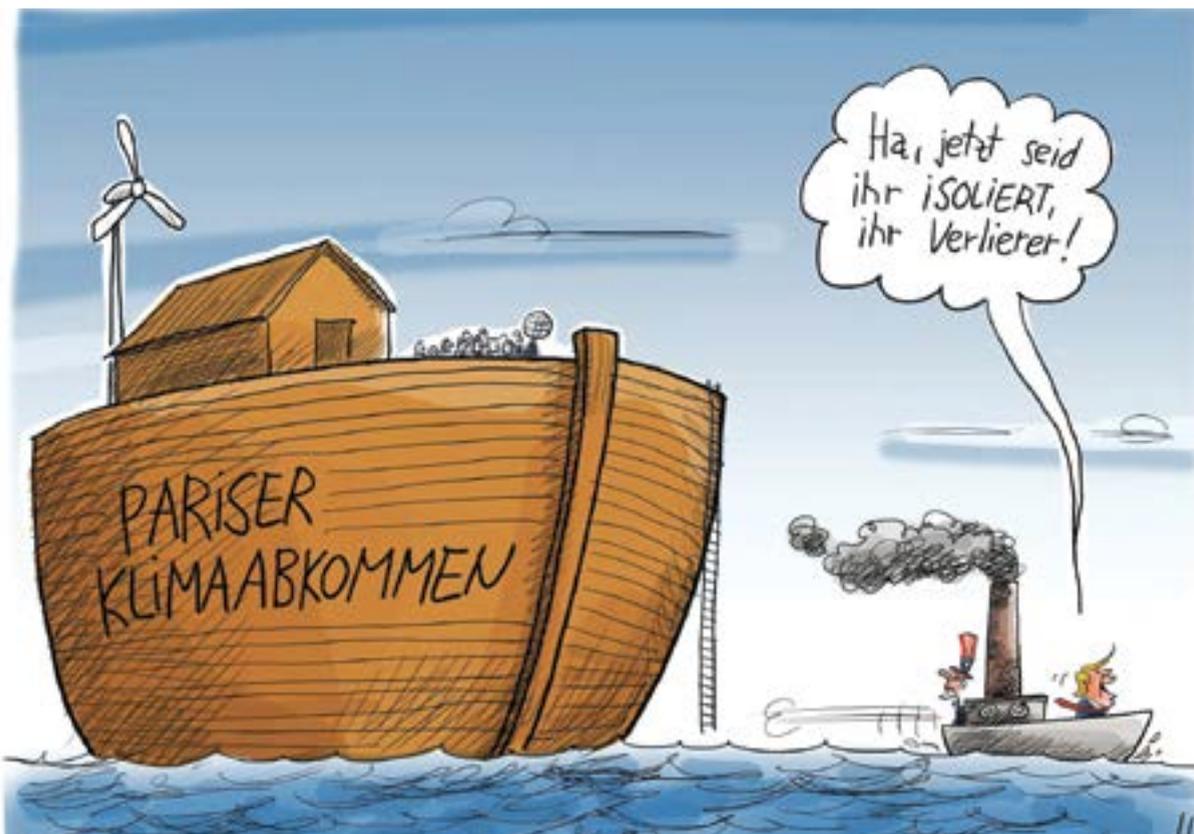


Ilona Deckwerth: Politik bringt's!

Als katholisches Arbeitermädchen vom Lande habe ich in den 70er-Jahren mit der Gesamtschule Treuchtlingen die Chance bekommen, eine Schule zu besuchen, die mich bis zum Abitur geführt hat. Ich war die Gewinnerin der Bildungsreform einer Zeit, die als zentrale Forderung Bildungsgerechtigkeit postulierte.

Damals begriffen wir Jugendlichen, dass wir etwas für unsere Schule tun mussten, wenn wir ihre Vorzüge noch länger erleben wollten. Wir kämpften zusammen mit Lehrkräften, Eltern und Politikerinnen und Politikern und wurden politisch aktiv.

Diese Erfahrungen haben mich geprägt. Ich wurde Lehrerin, um Kinder mit Handicaps zu unterstützen und sie in ein selbstständiges Leben zu begleiten. Aber meine Inklusionsträume fanden ihre Grenzen im bayerischen Schulsystem und in der Sozialgesetzgebung. Das zu verbessern bedeutete, politisch aktiv zu werden. So führte mein Weg über SPD, Gewerkschaft, die Fraueninitiative PFIFF, Füssener Stadtrat und Kreistag Ostallgäu in den Bayerischen Landtag. Nun arbeite ich hauptberuflich daran, gesetzliche Rahmenbedingungen zu verbessern für eine gerechtere und menschliche Gesellschaft: Politik bringt's!



Karikatur: Heiko Sakurai

Termine

7. Juli, 17 Uhr,
Bayerischer Landtag
Forum „Demokratieverständnis und Rechtsextremismus in Kirchen“ mit Wolfgang Thierse, Bundestagspräsident a.D.

5. August, 19 Uhr,
München (genauer Ort stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest)
Verleihung des Wilhelm-Hoegner-Preises an Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles

Mehr unter:
bayernspd-landtag.de/presse

SPD will mehr Geld für Assistenzhunde

Ohne ihren Labrador Shacky könnte Hedi Menge ihren Alltag kaum so frei gestalten. Die 56-Jährige wurde mit verkürzten Armen geboren. Außerdem hat sie Diabetes. „Shacky hat mir drei Mal das Leben gerettet, als ich kollabiert bin“, erzählt sie. Die allein lebende Frau war in ihrer Wohnung zusammengebrochen. Der speziell trainierte Shacky löste daraufhin eigenständig einen Notruf aus und ließ die Sanitäter herein. Die Münchner SPD-Sozialpolitikerin [Ruth Waldmann](#) ist tief beeindruckt von den Fähig-

keiten dieser Hunde. Doch leider gibt es für die Ausbildung und Finanzierung der Tiere noch kei-



Shacky räumt die Waschmaschine aus

ne verbindlichen Regelungen. „Assistenzhunde ermöglichen erst die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Doch die Kosten in Höhe von rund 75.000 Euro binnen zehn Jahren werden nicht übernommen. Das wollen wir ändern!“

Konkret sollen Assistenzhunde in das Hilfsmittelverzeichnis des Sozialgesetzbuchs aufgenommen werden. Damit würde ihre Finanzierung, ähnlich wie bei Blindenführhunden, anerkannt. Waldmann ist zuversichtlich, dass ihr das gelingt.